Zweckverband Abfallwirtschaft
Region Hannover
Die Verbandsgeschäftsführerin
5

Hannover, 26.08.2008

Beschlussvorlage Nr. A II B 182/2008

mit 4 Anlagen

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	Beschluss		Abstimmung		
			lt. Vorschlag	abweichend	Ja	Nein	Enthaltung
Zweckverbandsversammlung							

Betreff:
Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan 2009

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung 2009 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover in der anliegenden Fassung (Anlage 1) und
2. der Wirtschaftsplan 2009 des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover in der anliegenden Fassung (Anlagen 2-4) wird beschlossen.

Begründung:

Die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover erfolgt nach den Vorschriften des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit i. V. m. der Niedersächsischen Gemeindeordnung sowie aufgrund der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung, jeweils in der gültigen Fassung.
Danach hat der Zweckverband für jedes Jahr eine Haushaltssatzung zu erlassen und einen Wirtschaftsplan aufzustellen.
Die Verbandsversammlung entscheidet gemäß § 8 Abs. 1 Ziffer 6 der Verbandsordnung i. V. mit § 40 NGO über die Haushaltssatzung und den Wirtschaftsplan.

Im Folgenden werden einige wesentliche Positionen des Wirtschaftsplanes 2009 erläutert:

Erfolgsplan:

Der Erfolgsplan 2009 sieht für den Zweckverband betriebliche Erträge in Höhe von 176.080 T€ (Vorjahr 172.900 T€), Gesamtaufwendungen in Höhe von 180.880 T€ (Vorjahr 178.770 T€) und somit einen **Jahresverlust von – 4.800 T€** (Vorjahr – 5.870 T€) vor. Dieser Jahresverlust ist jedoch durch Überschüsse aus Vorjahren gedeckt, so dass bezogen auf den Kalkulationszeitraum der Abfall- und Straßenreinigungsgebühren (2005 -2008) einschl. der Kalkulation für das Wirtschaftsjahr 2009 ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird.

Für das Jahr 2009 wird davon ausgegangen, dass die **Umsatzerlöse** um 560 T€ bzw. 0,3 % gegenüber dem Vorjahr auf 172.375 T€ steigen. Dieser Anstieg ergibt sich im Saldo aus einem Rückgang der Umsatzerlöse bei dem Verkauf der Restabfallsäcke (- 300 T€), bei den DSD-Erlösen (- 70 T€), der Altpapiervermarktung (- 900 T€) und den gewerblichen Abfallanlieferungen auf den Deponien (- 1.300 T€) sowie aus zusätzlichen Erlösen aus der einmaligen Entsorgung von Asbestzementabfällen (+ 3.200 T€). Diesen zusätzlichen Erlösen stehen jedoch die Kosten dieser Maßnahme in gleicher Höhe gegenüber.

Größere Posten der Umsatzerlöse sind u.a. die Gebühren (114.220 T€) und sonstigen Umsatzerlöse (12.700 T€) der Sparte Abfall- und Wertstoffsammlung, die Gebühren (8.544 T€) und sonstigen Erlöse (3.635 T€) der Abfallbehandlung sowie die Gebühren (21.094 T€) und sonstigen Erlöse (1.864 T€) des Bereiches Stadtreinigung und Winterdienst.

An **aktivierten Eigenleistungen** sind unverändert 10 T€ vorgesehen. Der Plan sieht vor, dass die **sonstigen betrieblichen Erträge** mit 3.695 T€ um 2.622 T€ über dem Ansatz des Vorjahres zu kalkulieren sind. Neben erwarteten höheren Schadensersatzleistungen führt die Auflösung einer in den Vorjahren unter kaufmännischen Gesichtspunkten gebildeten Rückstellung in Höhe von 2.500 T€ zu dieser Steigerung der betrieblichen Erträge. Es muss berücksichtigt werden, dass es sich hierbei um einen einmaligen Effekt handelt.

Der gesamte **Materialaufwand** vermindert sich im Saldo voraussichtlich um – 736 T€ bzw. 1,0 % gegenüber 2008 auf 71.805 T€. Der **Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie für bezogene Waren erhöht sich um 624 T€ auf 22.370 T€. Der Grund hierfür sind höhere Aufwendungen für Wasser, Energie und Kraftstoffe (+ 1.431 T€) sowie höherer Materialaufwand (+ 500 T€) und rückläufige Aufwendungen in den Bereichen Kfz-Material, technische Ausrüstung/Ersatzteile, Verbrauchsstoffe, Materialien für die Gebäudeunterhaltung und Wertstoffsäcke (- 1.220 T€).

Der **Materialaufwand für die bezogenen Leistungen** sinkt um – 1.360 T€ auf 49.435 T€. Hier wirken sich vor allem niedrigere Pachtzahlungen für die Nutzung von Anlagen der Abfallentsorgungsgesellschaft (- 1.103 T€) und aufgrund zurückgehender Abfallmengen geringere Kosten für die thermische Behandlung (- 1.300 T€) aus.

Der **Personalaufwand** in Höhe von 68.130 T€ steigt gegenüber dem Vorjahr um 1.330 T€ an. Den tarifvertraglich vereinbarten Entgeltsteigerungen für das Jahr 2009 wurden die sich aus der gleichzeitig vereinbarten Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit ergebenden Einsparungen gegen gerechnet.

Die **Abschreibungen** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um + 550 T€ bzw. 2,4 % auf 23.650 T€. Der Anstieg der Abschreibungen ergibt sich aus den im Vermögensplan vorgesehenen Anschaffungen neuer Fahrzeuge und den dort vorgesehenen Investitionen bei dem Ausbau von Betriebsstätten sowie der Beschaffung von Anlagen und Einrichtungen.

Die Aufwendungen für **Deponienachsorge und Altlastensanierung** belaufen sich auf 6.303 T€ (Vorjahr 5.890 T€). Davon entfallen 4.715 T€ auf die Zuführung zu den Rückstellungen für die Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Lahe gem. § 12 Abs. 3 Nr. 5 NAbfG, 1.438 T€ auf die Rückstellung für die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Kolenfeld gem. § 12 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 4 NAbfG sowie 150 T€ auf die Erkundung und Sanierung von Altlasten gem. § 12 Abs. 2 i.V. mit Abs. 7 NAbfG. Die Rückstellungen wurden 2007 im Rahmen eines Gutachtens von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft errechnet.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** werden voraussichtlich um + 894 T€ auf 10.390 T€ steigen. Bei diversen Positionen sind für das Jahr 2009 höhere Ansätze vorzusehen: u.a. Miete/Pacht von Fahrzeugen und Maschinen (+ 334 T€), Gebührensteigerungen für Rundfunk, FM, Post und Maut (+ 154 T€), Öffentlichkeitsarbeit (+ 40 T€), EDV-Aufwand (+ 211 T€). Unter der Position „sonstige betriebliche Aufwendungen“ werden auch die Verwaltungskostenbeiträge an die Landeshauptstadt Hannover in Höhe von 328 T€ (+ 80 T€) ausgewiesen, die aufgrund der vertraglich vereinbarten Servicebeziehungen für die Erstellung der kompletten Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie für die soziale und arbeitsmedizinische Betreuung zu leisten sind. Das Entgelt für den durch die Städte und Gemeinden in der Region Hannover vorgenommenen Gebühreneinzug in Höhe von 2.720 T€ wird ebenfalls bei dieser Position veranschlagt.

Wie bereits im Vorjahr, wird auch für das Wirtschaftsjahr 2009 eine Verbesserung des **Finanzergebnisses** erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass bei der Position „sonstige Zinsen und ähnliche Erträge“ Einnahmen in Höhe von 1.420 T€ (+ 320 T€) anfallen und die „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ bedingt durch Darlehenstilgungen um 60 T€ auf 1.590 T€ reduziert werden. Das Finanzergebnis verbessert sich dadurch um 380 T€ auf
– 170 T€.

Vermögensplan:

Der Vermögensplan 2009 ist Bestandteil des Investitionsprogramms 2008 - 2012 in Höhe von 148.490 T€. Die Summe der Ansätze des Vermögensplanes 2009 beläuft sich auf 37.190 T€ (Vorjahr 37.885 T€).

In der Sparte **Stadtreinigung und Winterdienst** steigt die Summe der vorgesehenen Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 1.190 T€ auf 4.585 T€ an. Die für das kommende Jahr geplante Sanierung der Hallen der Betriebsstätte Karl-Wiechert-Allee sowie der Einbau umfangreicher Brandschutzeinrichtungen führen mit einem geschätzten Auftragsvolumen von 1.000 T€ zu diesem Anstieg.

Bei der Sparte **Abfall- und Wertstoffsammlung** beläuft sich der Gesamtansatz der geplanten Investitionen auf 10.265 T€. Gegenüber dem Vorjahr ist dieses ein Rückgang um 2.485 T€, der darauf zurückzuführen ist, dass im kommenden Wirtschaftsjahr für den Ausbau von Betriebsstätten 1.450 T€ (Vorjahr 3.850 T€) vorgesehen sind. Mit 6.550 T€ sind Investitionen in den Fuhrpark in gleicher Höhe wie im Vorjahr geplant. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Ersatzbeschaffungen für abgeschriebene Fahrzeuge, deren weiterer Einsatz aus technischen bzw. wirtschaftlichen Gründen unrentabel ist. Für die Beschaffung von Behältern, Geräten und geringwertigen Wirtschaftsgütern sind 2.130 T€ (Vorjahr 2.240 T€) vorgesehen.

Die geplanten Investitionen der Sparte **Abfallbehandlung** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 1.595 T€ auf 13.310 T€. Für die umfangreiche Sanierung der Sickerwasserdränagen der Deponie Lahe sind im kommenden Jahr 950 T€ (Vorjahr 30 T€) vorgesehen. Ein weiterer Schwerpunkt wird im kommenden Jahr der Bau einer Halle, in der Sperrabfälle zwischengelagert und zerkleinert werden können, sein (1.150 T€). Für die Bioabfallkompostierungsanlage ist ein Ansatz in Höhe von 800 T€ für den Umbau der Aufbereitung vorgesehen worden. Damit dort zukünftig auch die Bio-Abfallsäcke mit behandelt werden können, sollen der Aufgabenbunker erweitert und ein Zerkleinerungsaggregat sowie eine mechanische Störstoffauslese eingebaut werden. Im Bereich der mechanischen Restabfallaufbereitungsanlage ist eine Investitionssumme von 1.800 T€ (Vorjahr 1.200 T€) für die Anschaffung von zwei neuen Mühlen (1.000 T€) und den Ersatz der störanfälligen ballistischen Separatoren (800 T€) vorgesehen. Für die biologische Restabfallbehandlungsanlage sind Investitionen in Höhe von 2.800 T€ (Vorjahr 800 T€), für den Umbau des Entlüftungs- und Bewässerungssystems der Nachrottehalle, den Ersatz des Schubbodenbunkers als Zwischenpuffer und die Teilung des Trogkettenförderers (s. a. DS II 240/2008) geplant. Nach Umsetzung der dort geplanten Maßnahmen ist in den Bereichen Abwassertechnik mit 500 T€ (Vorjahr 3.500 T€) und Gasentsorgung mit 375 T€ (Vorjahr 1.000 T€) eine geringere Investitionstätigkeit geplant.

In der Sparte **Verwaltung und Hilfsbetriebe** sind Investitionen in Höhe von 560 T€ (Vorjahr 505 T€) geplant. In diesem Bereich fallen Ausgaben an, die z. B. die Büro- und Geschäftsausstattung (u. a. auch EDV und Kommunikation) betreffen. Der Anstieg geht gegenüber dem Vorjahr auf den notwendigen Austausch einiger Server im Bereich der EDV zurückzuführen.

Stellenplan:

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Anzahl der Stellen um 15 Stellen auf 1.554,5 Stellen. Davon entfallen 11 Stellen auf die Abteilung Abfallbehandlung (MBA: 5 Betriebswerker und 6 Betriebshandwerker, s. auch DS II 240/2008), 2 Stellen auf die Abteilung Straßenreinigung (2 Fahrlehrer für die gesetzlich vorgeschriebene Schulung der Kraftfahrer) und 2 Stellen auf die Abteilung Abfallabfuhr (2 Kontrolleure).

Der Stellenplan für das Wirtschaftsjahr 2009 berücksichtigt auch den Wechsel der von der Fa. Jordan übernommenen 56 Mitarbeiter aus dem Tarif BDE in den TVöD (s. a. Beschlussdrucksache Nr. II 584/2007). In den vergangenen Jahren wurden diese Mitarbeiter in der Stellenübersicht pauschal unter der Position „BDE“ ausgewiesen.